



DIE VERSPIELTE FREIHEIT

AUFSTIEG UND UNTERGANG

HANS MOMMSEN

DER WEIMARER REPUBLIK

PROPYLÄEN

INHALT

Vorwort	7
<i>Erstes Kapitel:</i> Das Deutsche Reich am Ausgang des Ersten Weltkrieges	9
<i>Zweites Kapitel:</i> Die Deutsche Revolution	36
<i>Drittes Kapitel:</i> Demokratiegründung im Schatten von Revolution und Friedensvertrag	78
<i>Viertes Kapitel:</i> Die innere Verweigerung des Friedens	130
<i>Fünftes Kapitel:</i> Um das Überleben des parlamentarischen Systems	183
<i>Sechstes Kapitel:</i> Das Doppelgesicht außen- und innenpolitischer Rekonstruktion	244
<i>Siebentes Kapitel:</i> Der Ansturm der außerparlamentarischen Kräfte	299
<i>Achtes Kapitel:</i> Die Auflösung des parlamentarischen Systems	368
<i>Neuntes Kapitel:</i> Der Durchbruch der NSDAP	432
<i>Zehntes Kapitel:</i> Regierung in der Krise	486
<i>Elftes Kapitel:</i> Der Weg zur Präsidialdiktatur	542

<i>Zwölftes Kapitel: Die Regierung der Staatsstreichdrohung</i>	593
<i>Dreizehntes Kapitel: Von der autoritären zur faschistischen Diktatur</i>	660
Übersicht über die Zusammensetzung der Reichskabinette 1919–1933	716
<i>Nachwort: Verspielte Freiheit – Frage und Mahnung. Hans Mommsens Werk über den Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar Von Detlef Lehnert</i>	721
Anmerkungen	747
Verzeichnis der Abkürzungen	789
Bibliographie	792
Bildnachweis	845
Register	846

VORWORT

Die Geschichte der Weimarer Republik kann nicht als bloße Vorgeschichte des Dritten Reiches begriffen werden, und viele der in ihr gefällten sozial- und strukturpolitischen Entscheidungen wirken bis in unsere Gegenwart fort. Während es in der Wirtschaftswunderphase der Bundesrepublik als selbstverständlich galt, unter dem Stichwort »Bonn ist nicht Weimar« die Nichtidentität der Zweiten deutschen Republik mit ihrem Weimarer Vorläufer hervorzuheben, ist inzwischen ein größeres Verständnis für die spezifischen Probleme der Weimarer Republik aufgekommen, das sich nicht zuletzt auf die Vergleichbarkeit der wirtschaftlichen Krisenlagen bezieht, wenngleich das ökonomische Niveau der Bundesrepublik um ein Mehrfaches höher liegt als dasjenige Weimars.

Unsere Darstellung ist daher von dem Bemühen bestimmt, die wirtschaftlichen Faktoren und finanzpolitischen Probleme der Republik in ihrer engen Verschränkung mit dem politisch-parlamentarischen Prozeß darzustellen und zugleich die Konvergenz unterschiedlicher Politikfelder, insbesondere die Wechselwirkung zwischen innerer und äußerer Politik, anschaulich zu machen. Wir sind uns bewußt, daß der Bereich von Kunst und Kultur, der der Weimarer Epoche den Namen der »Goldenen Zwanziger Jahre« eingetragen hat, demgegenüber nur andeutungsweise berücksichtigt wird, zumal sich dessen Entwicklung nicht synchron zum politischen Geschehen vollzieht und nur an bestimmten Nahtstellen, wie der Phase der Hyperinflation, zur Deckung mit ihm gelangt.

Gegenüber der häufig gewählten Methode, die jeweiligen Gegenstandsbereiche – Verfassung, Parteien, Verbände, Kommunalpolitik und außerparlamentarische Bewegungen einerseits, Kunst und Kultur, Bildungswesen und Schule, Wohnungsbau und Gesundheitswesen, Sozialpolitik und Rechtsordnung, Familienpolitik und Geschlechterbeziehungen andererseits – in eigenen Abschnitten zu behandeln, wurde der Versuch gemacht, sie unter dem Primat der politischen Geschichte in eine narrative Darstellung zu integrieren. Dabei liegt der Akzent darauf, das politische Handeln der Akteure in Wechselwirkung zu den determinierenden ökonomischen, administrativen, sozialen und ideologischen Strukturen zu schildern und den politischen Prozeß begreiflich zu machen, der sich nicht in den vielfältigen Vorgaben erschöpft.

Dem Kenner der Geschichte der Weimarer Republik wird nicht entgehen, daß der Darstellung in mehrfacher Beziehung eigenständige Interpretationen zugrunde liegen, die über den bisherigen Forschungsstand hinausgehen. In jedem Falle ist der Versuch durchgehalten, diesen bei unserer Schilderung der Entstehung und des Niederganges der Weimarer Republik zu integrieren, wenngleich es nicht eben leicht ist, die noch immer anwachsende Flut der Spezialpublikationen zu diesem Bereich zu bewältigen.

Die Fertigstellung des Buches wäre ohne eine großzügige Einladung in das Wissenschaftskolleg zu Berlin 1984/85 nicht möglich gewesen, und der damalige Lektor, Herr Wolfram Mitte, hat sich ein unverzichtbares Verdienst um die Textherstellung erworben. Von der Vielzahl von Kollegen, denen ich aktive Hilfe und fachliche Ratschläge verdanke, möchte ich Professor Thomas Childers, Professor Larry E. Jones, Professor Peter Krüger, Professor Reinhard Rürup und nicht zuletzt Professor Bernd Weisbrod nennen. Von den vielen, die mir geholfen haben, erwähne ich Herrn Bert-Oliver Nolte und Herrn Achim Brünger, die bei der Erstellung der Literaturhinweise behilflich waren, desgleichen meine Bochumer Mitarbeiter Frau Renate Held, Herrn Armin Nolzen und Herrn Dirk Pöppmann sowie meine Sekretärin, Frau Karin Kaschade, voller Dankbarkeit. Schließlich danke ich dem Propyläen Verlag, der dem Autor gegenüber eine sprichwörtliche Geduld bewiesen hat.

Bochum, den 15. Januar 1998
Hans Mommsen

ERSTES KAPITEL

DAS DEUTSCHE REICH AM AUSGANG DES ERSTEN WELTKRIEGES

Als das Deutsche Reich am 1. August 1914 mit der Kriegserklärung gegen das zaristische Rußland den seit langem befürchteten europäischen Krieg, der sich bald zum Weltkrieg ausweitete, unabwendbar machte, ahnten nur wenige, daß an dessen Ausgang der Zusammenbruch des wilhelminischen Kaiserreiches stehen würde. Die Kriegsbegeisterung der Massen, die vom Rausch des Patriotismus erfaßt wurden, schwemmte die Befürchtungen darüber hinweg, daß die Mittelmächte in einem Mehrfrontenkrieg aufgerieben werden könnten. Die Vorkämpfer des Antimilitarismus auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie sahen sich plötzlich innerhalb der Arbeiterbewegung isoliert. Die innenpolitischen Gegensätze schienen angesichts der bevorstehenden Kriegsanstrengung weitgehend aufgehoben zu sein. Reichskanzler Bethmann Hollweg setzte sich gegen die Heißsporne unter den Militärs mit der Formel des »Burgfriedens« durch; zuvor hatten die Freien Gewerkschaften zugesichert, sich den deutschen Verteidigungsanstrengungen nicht in den Weg zu stellen. Wilhelm II. fand mit der Erklärung, er kenne keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche, allgemeine Zustimmung. Die Vorstellung, daß die Nation geeinigt in den ihr aufgewungenen Abwehrkampf hineinginge, wurde von bürgerlichen Intellektuellen als beglückend empfunden und als Anfang einer nationalen Regeneration gefeiert.¹

Mit dem Fortgang des Krieges zerstoben die Illusionen, daß sich die gesellschaftlichen und politischen Gegensätze einfach vertagen ließen. Der »Burgfriede« bewirkte, daß der Reichstag zunächst nur aus-

nahmsweise zusammentrat, in der Regel, um anstehende Kriegskredite zu bewilligen, daß man bei Nachwahlen auf den Parteienwettbewerb verzichtete und die Parteien sich in der Öffentlichkeit zurückhielten. Dies hatte zur Folge, daß die frühzeitig aufbrechenden politischen Fronten in der Kriegsziel-Debatte zum Ausdruck kamen, die vor allem von Verbänden und selbsternannten Repräsentanten des Volkswillens geführt wurde. Sie weckte völlig übersteigerte Hoffnungen und abstrahierte von den begrenzten militärischen Ressourcen der Mittelmächte. Die extremen imperialistischen Wunschvorstellungen, die in unzähligen Kriegsziel-Denkschriften festgeschrieben wurden, weil eine öffentliche Erörterung untersagt war, waren nur schwer abzubauen, als sich im Herbst 1916 herausstellte, daß der vielgeforderte »Siegfriede« in weite Ferne gerückt war.²

Ebensowenig wie der Appell an die Einigkeit der Nation die inneren Brüche auf die Dauer verdeckte, blieb die chronische Führungskrise des wilhelminischen Systems, die den Weg in den Krieg erleichtert hatte, verborgen. Letztere verschärfte sich noch dadurch, daß die verfassungsrechtlich unzureichend eingebundene militärische Macht die zivile Reichsleitung, welche die politische Gesamtverantwortung trug – sowohl was die Spitzenentscheidungen als auch was deren Durchsetzung vor Ort anging – immer mehr beiseite drängte. Das seit der Daily-Telegraph-Affäre preisgegebene »persönliche Regiment« Wilhelms II. hinterließ ein Führungsvakuum, das sich unter den Bedingungen des Krieges in vieler Hinsicht als verhängnisvoll erwies. Denn gerade militärische Grundentscheidungen lagen noch immer in der Zuständigkeit des Kaisers, dem die notwendige politische Übersicht fehlte und der von der zivilen Führung abgeschirmt wurde. Daß gerade Bethmann Hollweg den Sturz Falkenhayns und die Übertragung der Obersten Heeresleitung an Paul von Hindenburg und dessen hochbegabten, aber durch nagenden Ehrgeiz geprägten Ersten Generalquartiermeister, Erich Ludendorff, betrieb, spiegelte die unzureichende innenpolitische Durchsetzungskraft der Reichsleitung. Nach dem Scheitern der Falkenhaynschen Ausblutungsstrategie vor Verdun war sich der Reichskanzler darüber klargeworden, daß die Mittelmächte den Krieg nicht einseitig für sich zu entscheiden vermochten. Er glaubte die öffentliche Meinung nur dann für einen Verständigungsfrieden gewinnen zu können, wenn er dafür die Unterstützung des wegen seines Sieges bei Tannenberg gefeierten Feldherrn besaß. Die Bildung der Dritten OHL bot zugleich

die Chance, auf den in der Öffentlichkeit nachdrücklich geforderten unbeschränkten U-Boot-Krieg zu verzichten, der, wie Bethmann wohl wußte, die USA in den Weltkrieg hineinziehen und das Übergewicht der Gegner der Mittelmächte besiegeln würde.

Die Berufung Hindenburgs und Ludendorffs verstärkte deren gewaltiges Prestige in der deutschen Öffentlichkeit; es begründete eine Art »Ersatzkaisertum« durch die OHL und bedeutete die völlige Zurückdrängung des Monarchen aus dem politischen Entscheidungsprozeß. Hindenburg und Ludendorff griffen von Anfang an in die innere und äußere Politik selbstherrlich ein und errichteten eine schleichende Militärdiktatur. Die OHL stellte sich in der Frage der preußischen Wahlreform und der verfassungspolitischen Neuordnung im Reich auf die Seite der preußischen Konservativen, die jegliche Reform zumindest bis Kriegsende aufschieben wollten. Hauptziel des von ihr geforderten umfassenden Aufrüstungsprogramms war die rückhaltlose Ausschöpfung der Arbeitskräfteressourcen auf Kosten des zivilen Produktionssektors. Aus taktischen Erwägungen stimmte die OHL der parlamentarischen Verabschiedung des nach langen Verhandlungen mit den Gewerkschaften im Dezember 1916 eingebrachten Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes zu. Entgegen den ursprünglichen Erwägungen Ludendorffs, die aus seiner Sicht erforderlichen Maßnahmen mittels Oktroi unter Ausschaltung des Reichstages zu verwirklichen, hatten sich das Kriegsministerium und Wilhelm Groener, der Leiter des Kriegsamtes, für eine Verständigung mit den Gewerkschaften eingesetzt.

Bethmann Hollwegs Kalkül, mit der Deckung Hindenburgs und Ludendorffs den Weg eines Verhandlungsfriedens einschlagen zu können, erfüllte sich nicht. Das von ihm mit Mühe durchgebrachte Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 war zu vage gehalten, um bei den Westmächten auf ernsthafte Resonanz zu stoßen. Dessen brüske Zurückweisung bedeutete eine schwere Niederlage für den Kanzler und räumte die politischen Widerstände gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg beiseite, den nun auch die OHL forderte, weil sie sich davon eine kriegsentscheidende Wende versprach. Um so wehrloser stand Bethmann den diktatorischen Machtansprüchen der OHL gegenüber. Immerhin raffte er sich noch einmal dazu auf, durch eine Initiative zur Reform des preußischen Wahlrechts die verkrusteten innenpolitischen Fronten wieder in Bewegung zu bringen und die von ihm verfolgte »Politik der Diagonale« zu realisieren. Aber über die An-

kündigung einer nach dem Ende des Krieges eintretenden Wahlrechtsreform in der Osterbotschaft Wilhelms II. vom April 1917 gelangte er nicht hinaus.

Die hinhaltende Politik des Reichskanzlers, der klare Zusagen in der Frage der Parlamentarisierung unterließ, rief bei den bürgerlichen Parteien im Reichstag, aber auch bei der SPD den Eindruck hervor, daß unter Bethmann Hollweg eine Änderung der bloß dilatorischen Politik der Reichsleitung nicht erwartet werden konnte. Matthias Erzberger nutzte interne Informationen über die kritische militärische Lage Österreich-Ungarns zu einer offenen Polemik gegen den Reichskanzler. Seine Rede vor dem Hauptausschuß des Reichstages am 6. Juli 1917 zielte zugleich darauf, durch das grundsätzliche Bekenntnis zu einem Verhandlungsfrieden die psychologischen Voraussetzungen für eine verstärkte Kriegsanstrengung unter Einschluß der Arbeiterschaft zu schaffen.³ Im Zusammenhang damit kam es zur Bildung des Interfraktionellen Ausschusses, dem neben dem Zentrum, der Fortschrittlichen Volkspartei und der SPD die Nationalliberalen angehörten. Der Interfraktionelle Ausschuß fungierte bis zum Sturz des Kaiserreiches als parlamentarisches Koordinierungsinstrument, das die Interessen der Reichstagsmehrheit gegenüber der kaiserlichen Regierung und der OHL zum Ausdruck brachte.

Der sich bildenden Mehrheit im Interfraktionellen Ausschuß fehlte die letzte Konsequenz, die Bewilligung weiterer Kredite von der Durchsetzung der uneingeschränkten Parlamentarisierung abhängig zu machen. Selbst innerhalb der SPD überwogen die Bedenken, die volle parlamentarische Mitverantwortung zu verlangen. Sie verzichtete deshalb darauf, im Ausschuß eine Führungsrolle oder den Vorsitz zu beanspruchen. Die Mittelstellung, die sie zwischen indirekter Einflußnahme auf die Regierungsentscheidungen und Zugehörigkeit zur Opposition einnahm, entsprang der Rücksichtnahme auf ihren linken Flügel, vor allem aber auf die konkurrierende USPD, die sie bewußt aus dem informellen Parteienbündnis heraushielt. Auch die Initiative, die die Mehrheitsparteien mit der Verabschiedung der Friedensresolution ergriffen, wurde nicht zu Ende geführt. Die Rückkehr zu den Bedingungen des »Burgfriedens« und des Verteidigungskrieges, die damit angestrebt war, war auch von dem Motiv bestimmt, der SPD die sonst politisch untragbare Zustimmung zu den Kriegskrediten zu ermöglichen und damit die innere Verteidigungsbereitschaft des Reiches zu erhöhen. Die SPD

reagierte auf das informelle Bündnis, das in mancher Hinsicht die spätere Weimarer Koalition vorwegnahm, mit Erleichterung. Es ersparte ihr, durch eine sonst unvermeidliche Ablehnung der Kriegskredite ins politische Abseits zu geraten und den inzwischen erlangten personellen Einfluß innerhalb des Regierungssystems preiszugeben.⁴

Die halbherzige Politik der Mehrheitsparteien erreichte in mancher Hinsicht das Gegenteil zur angestrebten innenpolitischen Liberalisierung. Kurzsichtigkeit, zugleich die Überschätzung der Machtstellung der Reichstagsmehrheit brachten den Interfraktionellen Ausschuß in einen offenen Gegensatz zu Bethmann Hollweg, der aus Rücksichtnahme auf die Krone, aber auch aus seinem politischen Selbstverständnis heraus nicht bereit war, sich mit der Friedensresolution förmlich zu identifizieren, obwohl er in vieler Hinsicht mit ihrem sachlichen Inhalt übereinstimmte. Die Mehrheitsparteien honorierten seine Bemühungen nicht mehr, die Wahlrechtsreform in Preußen durchzusetzen, die schließlich vom Kaiser positiv beschieden wurde.⁵ Auf Initiative Erzbergers und mit nachdrücklicher Unterstützung Stresemanns ließen die Parlamentarier den Hof wissen, daß der Kanzler nicht mehr mit einer Mehrheit rechnen könne. Doch die entscheidende Aktion ging von der OHL aus, deren ultimative Rücktrittsdrohung den Sturz Bethmann Hollwegs erzwang.

Die Mehrheitsparteien hatten nicht bedacht, daß es wenig Sinn hatte, den Kanzler zu stürzen, bevor eine personelle Alternative in Sicht war. Erzbergers Liebäugeln mit Bernhard Fürst Bülow war fern aller Realität, weil dieser außen- wie innenpolitisch nicht genügend Vertrauen besaß. So präsentierte die OHL unerwartet den Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, Georg Michaelis, ohne daß der Reichstag hinzugezogen worden wäre. Zwar brachte der Kanzlerwechsel personelle Umschichtungen in einigen Ressorts und stellte insofern eine Niederlage der mit der OHL verbündeten konservativen Kräfte dar, aber Michaelis war ein erklärter Gegner des von den Mehrheitsparteien nur halbherzig geforderten Übergangs zum parlamentarischen System. Die Bildung eines beratenden Siebener-Ausschusses, dem führende Parlamentarier angehörten, sowie die Einbeziehung einiger Mitglieder des Reichstages in die Reichsregierung stellten einen fragwürdigen Ersatz dafür dar.

Die Ernennung von Michaelis ohne die Einschaltung der Parteien des Interfraktionellen Ausschusses bedeutete für sie einen empfindlichen Prestigeverlust. Die Reformmehrheit des Interfraktionellen Ausschusses erwies sich gleichwohl als die einzige verlässliche politische

Kraft gegenüber den Verbänden der politischen Rechten, die im Einvernehmen mit der OHL nun die offene Militärdiktatur ins Auge faßten. Durch die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei, die faschistische Organisations- und Agitationsmethoden vorwegnahm, versuchten sie, ihren weitgesteckten außen- und innenpolitischen Zielen eine populistische Grundlage zu verschaffen.

Das semiparlamentarische System, das sich herausgebildet hatte, hinderte die Reichstagsmehrheit daran, ihr Gewicht bei der Besetzung von Führungspositionen zur Geltung zu bringen. Sie war zwar in der Lage, sich gegen Reichskanzler Michaelis durchzusetzen und dessen Rücktritt zu veranlassen, zumal auch die OHL einsah, daß dieser den Aufgaben des Kanzleramtes in keiner Weise gewachsen war, konnte aber keine Entscheidung über die Wahl des Nachfolgers herbeiführen. Erneut zeigte sich der chronische Mangel an qualifizierten Führungskräften, als sich schließlich nur der Zentrumspolitiker und bayerische Ministerpräsident Georg von Hertling dazu bereitfand, das Kanzleramt zu übernehmen. Von den ihm aufgetragenen Reformen wurde nur der kleinere Teil realisiert. Mit der Wahlrechtsvorlage im preußischen Abgeordnetenhaus scheiterte der Kanzler auf der ganzen Linie.

Die Frage, ob eine volle Parlamentarisierung und entschiedene Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen die innere Stabilität des Kaiserreiches grundlegend gestärkt hätten, ist vermutlich falsch gestellt. Denn selbst die Parteien des Interfraktionellen Ausschusses ließen sich mit Halbheiten abpeisen, und zu keinem Zeitpunkt waren sie ernstlich entschlossen, das Mittel der Kreditverweigerung im innenpolitischen Kräfteressen einzusetzen. Vor allem aber blieb, solange der Krieg nicht offenkundig verloren war und die Siegesillusionen der Vaterlandspartei und des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden nicht verblaßt waren, die Stellung der OHL unüberwindlich, ja sie verstärkte sich noch aufgrund der Schwäche der Nachfolger Bethmann Hollwegs. Die Zurücksetzung von Reichsleitung und Reichstag wurde daran deutlich, daß die OHL ihnen den Rücktritt des Staatssekretärs des Äußeren, Richard von Kühlmann, aufzwingen konnte, dessen Stellung deshalb unhaltbar wurde, weil er öffentlich erklärt hatte, der Krieg könne nicht mehr allein mit militärischen Mitteln gewonnen werden.

Die Vetoposition, die die Oberste Heeresleitung im Hinblick auf die politischen Spitzenentscheidungen innehatte, war ungebrochen.

Aufruf Kurt Eisners und des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates an die Bevölkerung Münchens im November 1918

Eigenhändiger Entwurf Eisners vom 7. November 1918 nachts
München, Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Nach einer gemeinsam mit der MSPD veranstalteten Friedenskundgebung auf der Theresienwiese in München begab sich Kurt Eisner, vor dem Weltkrieg Redakteur des »Vorwärts«, seit 1917 inoffizieller Führer der bayerischen USPD, am 7. November 1918 in das Landtagsgebäude und verkündete an der Spitze des dort gebildeten Rates der Arbeiter, Soldaten und Bauern die Absetzung der Wittelsbacher; er wurde zum provisorischen Ministerpräsidenten der bayerischen Republik gewählt.

Für den Entwurf hat der Verfasser ein Papier benutzt, das jeweils am linken Rand den Blindeindruck »Kammer der Abgeordneten« trägt. Das Faksimile weicht insofern vom Original ab, als dort ein Doppelbogen und ein Einzelblatt beschrieben worden sind, wobei Eisner die Seiten 2 und 3 des Bogens und die Rückseite des Blattes vakat gelassen hat.

Der folgende Text gibt die veröffentlichte Fassung wieder, die in einigen Formulierungen vom Entwurf abweicht. Darauf wird – abgesehen von Kleinigkeiten wie Orthographie, Zeichensetzung oder Zeilenfall – durch Anmerkungen aufmerksam gemacht.

An die Bevölkerung Münchens!

Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchner Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer

Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert.

Bayern ist fortan ein Freistaat.¹

Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden.

Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden.²

Eine neue Zeit hebt an!

Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten.³

Die demokratische und soziale Republik Bayern hat⁴ die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenze überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.⁵

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern.⁶ Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt.⁷

Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrechterhalten. Offiziere, die

sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen.⁸

Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt.

Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt⁹ wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden.

Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen sich vorbereitet!

Helft alle mit, daß sich die unvermeidliche

Umwandlung¹⁰ rasch, leicht und friedlich vollzieht.

In dieser Zeit¹¹ des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein!¹²

Bewahrt die Ruhe und wirke¹³ mit an dem Aufbau der neuen Welt!

Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet¹⁴. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt.¹⁵

Es lebe die bayerische Republik!¹⁶ Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!

München, Landtag, in der Nacht zum
8. November 1918.¹⁷

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern:

Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner

Anmerkungen

- 1 Bayern ist als Freistaat proklamiert.
- 2 Eine konstituierende Nationalversammlung wird so rasch wie möglich einberufen werden.
- 3 Dieser Satz fehlt.
- 4 Die demokratische und soziale Republik Bayern allein hat ...
- 5 Die Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick, bevor der Feind die Grenzen überflutet oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen, durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne schwere Erschütterung zu verkürzen.
- 6 ... halten.
- 7 Es folgt: Einzelne bedauerliche Vorkommnisse, die in den [?] sich ereignet haben, werden sich nicht wiederholen.
- 8 Dieser Absatz fehlt.
- 9 ... zwischen Stadt und Land ...
- 10 ... die Umwandlung ...
- 11 In dieser Welt ...
- 12 Kein Menschenleben soll geopfert werden.
- 13 Bewahrt die Ruhe und helft ...
- 14 ... beendet.
- 15 ... Grundlage [werden bisherige?] Gegensätze ausgeglichen.
- 16 Es lebe der Freistaat Bayern.
- 17 Diese Angaben fehlen.

Hr. Dr. Kiser, Kaser
~~Arbeiter, Minder, Minder~~
 Die Arbeit eine Selbsterkenntnis. Die Arbeit
 bringt unsere Hand und das sind unsere
 Der Verlauf der Selbsterkenntnis kann
 rationalisiert werden.

Arbeiter, Minder, Minder, verstanden
 dem Herrn und Kaser, das das ein
 diesen Arbeitslosen Tagen ein Vorbild.
 Heißt alle mit, das die die Kaser
 voran, leicht und leicht voll.
 In diese Welt der kleinen Menschen
 voran, wie alles Ostvergeben. Klein
 Menschen, voll Kraft und Kraft.

Braut der Braut und Kraft mit
 in der Augen der neuen Welt.

Die Arbeit der Arbeiter ist für
 Arbeiter. Auf revolutionäre Wege
 zu der neuen Welt.

Es lebe die Freiheit der Arbeiter

Es lebe die Freiheit

Es lebe die neue Arbeit aller
 Arbeiter.

Polit. Archiv
 VII. R. 115

Der Rat der Arbeiter, Arbeiter

Der Rat der Arbeiter

-102- Karl Kiser

Desgleichen hatte sich an der weitreichenden Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens nichts Wesentliches geändert, obwohl das preußische Kriegsministerium sich nachdrücklich um einen sozialen Ausgleich bemühte – im Unterschied zu den Stäben der OHL, die mit Aufgaben der zivilen Kriegführung befaßt waren. Da eine befriedigende verfassungsrechtliche Regelung fehlte, übten die Wehrkreisbefehlshaber die ihnen übertragene vollziehende Gewalt in den Armeekorpsbereichen nach Maßgabe des preußischen Gesetzes über die Handhabung des Belagerungszustands von 1851 aus. Es hing vom Gutdünken der Armeebefehlshaber ab, wie weit die Zensur, die Einschränkungen des Versammlungsrechts und die Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen im einzelnen reichten. Das preußische Kriegsministerium war im allgemeinen zur Kooperation mit den Gewerkschaften bereit, die sich ihrerseits bemühten, Konflikte in den Betrieben beizulegen. Dabei kam es nicht selten zu einem stillschweigenden Zusammengehen gegen linksoppositionelle Gruppen.⁶

Das Vaterländische Hilfsdienstgesetz stärkte die Stellung der Gewerkschaften, die in den dort vorgesehenen Arbeiter- und Schlichtungsausschüssen vertreten waren. Allerdings geschah dies um den Preis, daß sie für die Beibehaltung der Kriegsanstrengungen, für Ruhe in den Betrieben und Streikverzicht zu sorgen hatten. Dies hinderte die Schwerindustrie nicht daran, bis in den Spätherbst 1918 hinein eine Revision des Hilfsdienstgesetzes zu fordern, da sie nicht bereit war, die Gewerkschaften als Tarifpartei anzuerkennen.⁷ Gerade weil die Gewerkschaften in weitem Umfang eingeschaltet wurden, um die immer unlösbarer erscheinende Lebensmittelversorgung sicherzustellen, waren sie in den Augen der Arbeiterschaft für die verheerende Ernährungslage mitverantwortlich. Diese spitzte sich schon im Winter 1916/17 verhängnisvoll zu und machte seit dem Sommer 1917 eine auch nur einigermaßen ausreichende Lebensmittelversorgung für die breiten Massen unmöglich, wobei selbst die Mittelschichten immer weniger in der Lage waren, die horrenden Schwarzmarktpreise zu zahlen, und nahezu ein Drittel der Agrarproduktion in behördlich nicht kontrollierte Kanäle gelangte. Trotz Lohnerhöhungen, die freilich beträchtliche regionale und branchenbedingte Unterschiede aufwiesen, hielten die Arbeitereinkommen mit der galoppierenden Inflation nicht Schritt; sie ließ sich durch Preisbindungsvorschriften nicht wirksam eindämmen. Seit 1917 kam es wegen mangelnder Brotationen und unzureichender Belieferung immer

wieder zu Streiks; desgleichen häuften sich Felddiebstähle und Mundraub.

Die Einbindung von SPD und Gewerkschaften in das politische System erwies sich in vieler Hinsicht als erfolgreich. So unterblieben Streikbewegungen größeren Ausmaßes in den ersten Kriegsjahren. Hingegen wurden SPD und Gewerkschaften von den Ausstandsbewegungen überrascht, die im April 1917 in zahlreichen Großstädten ausbrachen und teils auf die Initiative der inzwischen gegründeten USPD, teils auf diejenige der Revolutionären Obleute zurückgingen. Der spektakuläre Berliner Munitionsarbeiterstreik konnte nur durch das Eintreten der Freien Gewerkschaften und der SPD-Führung in die Streikleitung unter Kontrolle gebracht werden.⁸ Die spontan ausbrechende Streikbewegung bewies, daß SPD und Gewerkschaftskommission die Fühlung mit den Massen weithin verloren hatten. Revolutionäre Parolen spielten trotz der Bestrebungen der Gruppe Internationale, die sich als Spartakus-Bund am Vorbild der Bolschewiki orientierte, keine nennenswerte Rolle, wohl aber Forderungen nach Verbesserung der Ernährungslage, nach einem Frieden ohne Annexionen und nach innenpolitischen Reformen wie der Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten und den Kommunen. Obwohl sich die Anzeichen einer wachsenden Verbitterung der arbeitenden Massen häuften, die sich im Hochsommer 1917 auch in mit übertriebener Härte beantworteten Ausständen bei der Hochseeflotte ausdrückte, unterblieben die angekündigten Verfassungsreformen und sah sich die Reichsregierung immer weniger in der Lage, die unhaltbar gewordenen sozialen Verhältnisse zu verbessern.

Das mit großen Verzögerungen eingeführte und zunächst auf die Rohstoffverteilung begrenzte kriegswirtschaftliche System entfaltete sich vornehmlich auf Kosten der mittelständischen Unternehmen und der kleineren und mittleren Gewerbe, während es die Schwerindustrie und die rüstungswichtigen Branchen der chemischen Industrie begünstigte und die wirtschaftliche Konzentrationstendenz unterstützte. Als entscheidender Engpaß erwies sich frühzeitig das Arbeitskräftepotential. Im Verlauf des Krieges wurden Beschäftigte der Konsumgüterindustrie in schwerindustrielle Branchen umgeschichtet, wodurch die Gewerkschaften in den letzteren Fuß zu fassen vermochten. Die Mobilmachung löste einen beträchtlichen Mitgliederschwund in der Gewerkschaftsbewegung aus; er konnte erst 1917 wieder ausgeglichen werden.

Die Unzufriedenheit ergriff zunehmend breite Gruppen des gewerblichen Mittelstandes und die Beamten und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Nicht die Nachricht über den Sieg der Oktoberrevolution in Rußland, sondern dessen Ausscheiden aus dem Krieg wirkte als Fanal und verstärkte die allgemeine Friedenssehnsucht.

Demgegenüber glaubte die OHL, den Sieg über Rußland zu einer umfassenden Mobilisierung aller Kräfte nutzen zu können, um die Entscheidung im Westen zu erzwingen. Mangels materieller Ressourcen verlegte sie sich auf eine weitgreifende Propagandaaktion, für die sie einen eigenen Presseapparat bereitstellte. Dazu gehörte die Einführung des »vaterländischen Unterrichts« in den öffentlichen Schulen, durch den die Wehrbegeisterung gestärkt und die zersetzenden Bestrebungen des Sozialismus bekämpft werden sollten. Die Vaterlandspartei sollte die erforderliche populistische Massenbasis schaffen. Sie war ausschließlich als Propagandainstrument zur Verstärkung der Kriegsanstrengungen konzipiert und stellte eine Art außerparlamentarische Bewegung dar. Sie wurde vor allem durch Spenden finanziert, die ihr von der Schwerindustrie, dem Bund der Landwirte und anderen einflußreichen Interessenverbänden der politischen Rechten zuflossen. Ihre indirekte Organisation beruhte auf der kollektiven Mitgliedschaft von Parteien und Interessenverbänden, die vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband bis zu den christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen reichte. Mit 1,2 Millionen Mitgliedern war sie die größte Massenorganisation des Kaiserreiches. Im gleichen Sinne war der Alldeutsche Verband tätig, der einen Kranz von Nebenorganisationen völkischen Zuschnitts ins Leben rief, zu denen der im Spätherbst 1918 gegründete Germanenorden gehörte.⁹

Der extreme Nationalismus, der von der Agitation dieser Organisationen ausging, täuschte weite Kreise der Bevölkerung über den Ernst der Kriegslage hinweg. Anknüpfend an die »Ideen von 1914«, nahm er zunehmend völkisch-antisemitische Elemente auf, die bewußt eingesetzt wurden, um die proletarischen Massen der Sozialdemokratie zu entfremden. Im Umkreis der OHL faßte man den Gedanken, eine Zwangsrepatriierung der Juden polnischer Staatsangehörigkeit durchzuführen,¹⁰ und Überlegungen zur Gewinnung von Siedlungsraum im Osten nahmen die spätere Lebensraumideologie des Nationalsozialismus vorweg. Nicht zufällig gehörte Anton Drexler, der spätere Gründer der DAP, der Vaterlandspartei an. Gegenbewegungen der bürgerlichen

Mitte wie der Volksbund für Freiheit und Vaterland vermochten sich im Vergleich zur nationalistischen Rechten weit weniger Gehör zu verschaffen.¹¹

Die Politik der Maßlosigkeit und Gewalt, die in der Propaganda der Vaterlandspartei anzutreffen war, fand einen konkreten Niederschlag in den dem Friedensschluß von Brest-Litowsk vorausgehenden Verhandlungen. Die OHL rechnete mit einer dauernden politischen Instabilität des entstehenden bolschewistischen Staatswesens und antizipierte bereits künftige militärische Interventionen. Den neugeschaffenen Staatsgebilden – den baltischen Randstaaten und der Ukraine – war eine Satelliten-Rolle zgedacht. Der Friedensschluß hinderte die OHL nicht daran, weite russische Gebiete bis zur Krim und zum Kaukasus militärisch zu besetzen, um die kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse des Reiches durch die koloniale Ausbeutung dieses Raumes sicherzustellen. Die Mehrheitsparteien des Reichstages waren sich bewußt, daß der Friedensvertrag von Brest-Litowsk und die flankierenden Maßnahmen im Osten mit der Friedensresolution sowie mit den von Präsident Woodrow Wilson verkündeten »Vierzehn Punkten« unvereinbar waren. Die Schwäche des informellen Parteienbündnisses im Interfraktionellen Ausschuß zeigte sich auch darin, daß es auf die Führung der Friedensverhandlungen keinerlei Einfluß zu nehmen vermochte. Für die Mehrheitssozialdemokraten war der offene Bruch mit dem feierlichen Verzicht auf Annexionen äußerst unbequem. Eine Ablehnung der Ostverträge im Reichstag hätte ihr eben eingegangenes Bündnis mit den bürgerlichen Parteien der linken Mitte abrupt beendet und die Partei in die gefürchtete Isolation zurückgeworfen. Zwar gab es auch im bürgerlichen Lager Kritik an Brest-Litowsk, aber es überwog die Befriedigung über diesen in seinem Gewicht weit überschätzten deutschen »Machtfrieden«. Die MSPD entschied sich schließlich, trotz gewichtiger Vorbehalte bei der Ratifizierung des Vertrags sich der Stimme zu enthalten, während die USPD an ihrer Ablehnung keinen Zweifel ließ.¹²

Der Zusammenbruch Rußlands und die Schwäche der Bolschewiki bestärkten die OHL in der Illusion, durch eine gewaltige Anspannung aller verfügbaren Kräfte den Sieg erringen zu können. Die Bolschewiki sahen sich gezwungen, die auch noch während der laufenden Verhandlungen verschärften deutschen Friedensbedingungen und die sich daran anschließenden militärischen Operationen, die gegenüber dem Reichstag als Polizeimaßnahmen bezeichnet wurden, hinzuneh-

men. Innenpolitisch führte dies eine verschärfte Polarisierung herbei. Der annexionistische Fieberwahn ergriff erneut die politische Öffentlichkeit, und die Parolen der Vaterlandspartei unterstützten das bei den konservativen Führungsschichten noch immer dominierende Wunschenken. Demgegenüber verschlechterte sich die Ernährungslage der Industriearbeiterschaft; die erhofften Importe aus dem Ostraum trafen nicht mehr rechtzeitig ein. Zugleich kündigte sich eine Ausweitung der Militarisierungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft an. Die Verhaftung von Streikführern nach dem Januarausstand und präventive Maßnahmen gegen Protestschritte der Arbeiter riefen eine resignative Stimmung hervor, die bis zum Spätherbst anhielt.

Während die zivilen politischen Kräfte, vor allem die Parteien des Interfraktionellen Ausschusses, die Selbstherrlichkeit der OHL mit Sorge betrachteten, glaubte Ludendorff, den Krieg mit einer entscheidenden Durchbruchsschlacht im Westen beenden zu können. Die sorgfältig vorbereitete Frühjahrsoffensive 1918 und die sich daran anschließenden Angriffsoperationen brachten taktische Erfolge, nicht aber den strategisch entscheidenden Durchbruch durch die gegnerische Front. Trotz der sich täglich vergrößernden Überlegenheit der Westmächte an Material und Mannschaften verweigerte sich Ludendorff der bei den Stäben selbstverständlich gewordenen Einsicht, daß die Mittelmächte bestenfalls zu einer defensiven Kriegführung in der Lage waren. Die französischen und englischen Gegenangriffe am 18. Juli und 8. August machten offenkundig, daß sich die Kriegslage zugunsten der Entente gewendet hatte, obwohl sie die Chance, die Niederlage der deutschen Verbände am 8. August, dem »schwarzen Tag des deutschen Heeres«, zum strategischen Durchbruch zu nutzen, nicht wahrnahm. Trotzdem unterließ es die OHL, die Reichsleitung darüber zu unterrichten, daß sich die militärische Lage im Westen dramatisch verschlechterte.

Erst unter dem Eindruck der erfolgreichen alliierten Offensive am 26. September und der gleichzeitig eingehenden Nachricht von der Kapitulation Bulgariens am Vortag vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der rumänischen Front und der sich abzeichnenden Auflösung Österreich-Ungarns zog die OHL Konsequenzen aus der bestehenden militärischen Situation.¹³ Das Umschwenken der Militärs auf die von den Mehrheitsparteien bislang nur zögernd geforderte Parlamentarisierung kam für sie völlig überraschend. Mit der Begründung, daß er für die Stabilität der Westfront keine Garantie übernehmen könne,

verlangte Ludendorff die unverzügliche Herausgabe eines Waffenstillstandsangebotes. Die damit verfolgte Absicht lag klar zutage. Ludendorff ging es darum, eine Kapitulation und Gefangennahme des Westheeres und damit die offene Niederlage abzuwenden und gleichzeitig die Verantwortung für den Verlust des Krieges der zivilen Reichsleitung zuzuschieben. Von Anfang an war die Lebenslüge angelegt, daß nicht die Front, sondern die Heimat versagt hätte. So äußerte der Generalquartiermeister im Zusammenhang mit der Parlamentarisierung, daß diejenigen, die die Suppe eingebrockt hätten, sie nun auslöffeln sollten.¹⁴

Ludendorffs übereilter Schritt, von dem er sich später zu distanzieren versuchte, traf mit gleichzeitigen Bemühungen der Mehrheitsparteien zusammen, eine arbeitsfähige Regierung unter Einschluß der SPD zu bilden.¹⁵ Dies lief auf die Auswechslung Georg von Hertlings hinaus, dessen mangelnde Durchsetzungskraft gegenüber den Eigenmächtigkeiten der OHL allgemein beklagt wurde. Insbesondere die SPD bestand auf einem Rücktritt Hertlings, den sie für unfähig hielt, den Verhandlungsfrieden, an den der Interfraktionelle Ausschuß noch glaubte, zustande zu bringen. Das Programm der Mehrheitsparteien ging nur geringfügig über die Forderungen hinaus, über die sie sich im Juli 1917 grundsätzlich geeinigt hatten. Auch jetzt blieb die volle Parlamentarisierung zwischen den Mehrheitsparteien und gegenüber der Regierung umstritten, wobei die verfassungsrechtliche Verbindung von Bundesrat und Reichsregierung den eigentlichen Differenzpunkt bildete, obwohl sie die praktische Anwendung parlamentarischer Verfahrensregeln nicht ausschloß.

Die Berufung des Prinzen Max von Baden war von Conrad Haußmann lanciert worden und fand die Zustimmung der OHL. Der badische Thronfolger erschien wegen seiner Zugehörigkeit zu einem deutschen Fürstenhaus und seiner liberalen Grundeinstellung als geeigneter Kompromißkandidat. Die wenigsten wußten, wie sehr er von persönlichen Beratern aufgebaut worden war. Prinz Max war zudem keineswegs ein uneingeschränkter Befürworter des parlamentarischen Systems. Er hatte sich vielmehr kritisch über die »westliche Demokratie« geäußert und ihr die unklare Formel einer »deutschen Freiheit« entgegengestellt.¹⁶ Paul von Hintze, der neue Staatssekretär des Äußern, setzte sich für die Ernennung des Prinzen vor allem deshalb ein, weil dadurch die Forderung Präsident Wilsons nach einer Abdankung des Kaisers, gegen die sich alle Parteien einschließlich der SPD entschieden verwahrt

hatten, unterlaufen und an die Solidarität der deutschen Fürstenhäuser appelliert wurde. Aber ganz unabhängig von der politischen Einstellung Max von Badens war es fraglich, ob er hinreichende politische Erfahrung und Willenskraft besaß, um die Nation in der Stunde des militärischen und politischen Zusammenbruchs verantwortlich zu führen.¹⁷

In richtiger Erkenntnis der Nachteile, die der Verzicht auf eine diplomatische Vorbereitung des deutschen Waffenstillstandsgesuchs mit sich bringen mußte, bat der neuernannte Kanzler die OHL um entsprechenden Aufschub, ohne sich damit durchzusetzen. Ebenso wenig gelang es ihm, die OHL darauf festzulegen, daß die militärische Situation die unverzügliche Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen erfordere. So erging das deutsche Waffenstillstandsgesuch an Präsident Wilson noch in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 1918. Es wurde allgemein als Eingeständnis der deutschen Niederlage aufgefaßt und löste einen tiefen Schock in der Öffentlichkeit aus. Aufgrund der geschönten Presseberichterstattung und der Zensur, aber auch aufgrund der Propagandakampagne der OHL und der Vaterlandspartei hatten sich viele trotz der Verschlechterung der außenpolitischen Lage an die Hoffnung auf einen deutschen Sieg geklammert. Die mangelnde Einstimmung der öffentlichen Meinung trug dazu bei, daß nunmehr lähmende Resignation und tiefe Verbitterung Platz griffen. All dies gab jenen Kräften Auftrieb, die sich für einen raschen Frieden einsetzten.

Ludendorff hatte die Regierung zwar zum sofortigen Waffenstillstand gedrängt, war sich aber nicht im klaren darüber, daß nach einem solchen Schritt selbst bei unerträglich erscheinenden Bedingungen der Gegner kein Rückweg zur Fortsetzung des Krieges bestand. Er hielt an dem Wunschdenken fest, nach einem Rückzug der deutschen Verbände auf die Rhein-Linie die Kriegführung wieder aufzunehmen. Die wirtschaftliche Ausbeutung der Ostgebiete sollte die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Ohne Gründe angeben zu können, wurde die Behauptung ins Feld geführt, daß die Alliierten im Frühjahr zu wesentlich günstigeren Bedingungen Frieden schließen würden. Die OHL versuchte, als sie nach Eingang der Antwortnote Wilsons die Tragweite des von ihr übereilt erzwungenen Schritts erkannte, die Verantwortlichkeiten mit dem Argument zu verschleiern, daß die Armee zusammenzubrechen drohe, weil die Heimat nicht mehr hinter ihr stünde. Das hinderte sie allerdings nicht daran, die von Walther Rathenau vorgeschlagene *Levee en masse*, für die alle inneren Voraussetzungen fehlten,

mit der zweifelhaften Begründung zurückzuweisen, sie werde nur zur Verseuchung des Heeres mit revolutionären Kräften führen. Die Rückwirkung des Waffenstillstandsgesuchs auf die Kampfmoral der eigenen Truppen war weder von der OHL noch von den verantwortlichen politischen Kräften vorhergesehen worden.

Die OHL stand mit ihren Überlegungen nicht allein. Noch in der ersten Oktoberhälfte 1918 waren die herrschenden Eliten, und das galt auch für die Parteien im Interfraktionellen Ausschuß, entschlossen, einen Frieden um jeden Preis abzulehnen. In einem Telegramm an die Reichsleitung verlangte Hindenburg am 14. Oktober, »in öffentlichen Kundgebungen aller Art« müsse der Wille zum Ausdruck gebracht werden, »daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: Ehrentoller Friede oder Kampf bis zum Äußersten«.¹⁸ Diese fiktive Alternative hatte bereits der Bildung des Kabinetts Max von Baden zugrunde gelegen. Ein maßvolles Friedensangebot galt als Voraussetzung dafür, die letzten verfügbaren Kräfte zu mobilisieren. Der Gedanke einer nationalen Sammlung fand Sympathien bei den Freien Gewerkschaften und bei rechtsstehenden Sozialdemokraten. Es kam sogar zu inoffiziellen Verhandlungen zwischen Vertretern der Vaterlandspartei und der Generalkommission, die allerdings ohne jedes Ergebnis endeten und im bürgerlichen Lager Tendenzen zur Bildung einer gegen die Sozialdemokratie gerichteten Abwehrfront bestärkten. Endgültig nahmen Generalkommission und Gewerkschaften erst am 26. Oktober von einer solchen Eventualität Abstand. Zuvor hatte das Kabinett mit Zustimmung der MSPD einen Aufruf zur nationalen Verteidigung für den Fall vorbereitet, daß die Verhandlungen mit Wilson scheitern würden.

Für die sozialdemokratische Führung stand der Entschluß, sich an einem Koalitionskabinett zu beteiligen, von vornherein fest, obwohl es nicht an Warnungen fehlte, daß die Partei damit zur Stützung einer verhüllten Militärdiktatur beitrüge. Ihre Haltung war von dem Motiv bestimmt, daß die patriotische Pflicht es gebiete, den völligen Zusammenbruch des Vaterlandes abzuwenden. Sie wollte sich nicht nachsagen lassen, in der Stunde der Gefahr versagt zu haben. Das Trauma, mangelnder nationaler Zuverlässigkeit geziehen zu werden, haftete der Partei immer noch an. Der von ihr formulierte Forderungskatalog enthielt neben der Bekräftigung der Friedensresolution, der Revision der Ostverträge, der Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in den

Bundesstaaten und die Aufhebung der Vorschriften der Reichsverfassung, die einer vollen Parlamentarisierung entgegenstanden. Die MSPD ließ sich freilich davon eine Reihe von Punkten abhandeln, darunter die direkte Erwähnung des Brest-Litowsker Friedens und die Aufhebung der Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft im Bundesrat und im Reichstag. Statt dessen einigte man sich auf die unbefriedigende Formel der Berufung von Regierungsvertretern aus dem Parlament, deren Reichstagsmandat erhalten bleiben sollte.¹⁹

Die Mehrheitssozialdemokratie zögerte noch immer, volle politische Verantwortung zu übernehmen. Hierbei spielte die Rücksicht auf die USPD mit, die der Schwesterpartei vorwarf, sich zum Handlanger des deutschen Imperialismus zu machen. Entscheidend war, daß die betont reformistisch eingestellte Parteiführung einen Konflikt mit den bürgerlichen Partnern scheute, um die Kriegsanstrengungen nicht zu beeinträchtigen. Friedrich Ebert stellte den Gedanken an eine sozialdemokratische Kanzlerschaft als verfrüht zurück. Die anfängliche Neigung des Prinzen Max von Baden, die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder als *Quantité négligeable* zu behandeln, wurde von Ebert mit Entschiedenheit bekämpft. Aber indem nur Philipp Scheidemann – als Staatssekretär ohne Portefeuille – und der Gewerkschaftsführer Gustav Bauer – als Staatssekretär an der Spitze des neugeschaffenen Reichsarbeitsamtes – im Kabinett vertreten waren und die parlamentarischen Vertreter sich gegenüber den Repräsentanten der traditionellen Führungsschicht in der Minderheit befanden, blieb der Einfluß der SPD auf die Ressortentscheidungen eng begrenzt. Nach Entgegennahme der Regierungserklärung am 5. Oktober stimmten die Mehrheitsparteien einer Vertagung des Reichstages zu.

Das Kabinett des Prinzen Max von Baden repräsentierte daher keine entschiedene Abkehr von der semi-autoritären Verfassungsstruktur des Kaiserreiches.²⁰ Es stützte sich auf die virtuelle Koalition des Interfraktionellen Ausschusses und vermischte parlamentarische mit bürokratischen Elementen insofern, als der Kanzler zwar dem Kaiser verantwortlich, aber auf Betreiben der Mehrheitsparteien berufen worden war. Kritischen Beobachtern drängte sich der Eindruck auf, daß die Reformschritte der Regierung nur so weit bemessen waren, wie es erforderlich schien, um den in der dritten Note Präsident Wilsons enthaltenen Einwand auszuräumen, daß das deutsche Volk nach wie vor keine Machtmittel habe, um »die Unterwerfung der Militärbehörden des

Reiches unter den Volkswillen zu erzwingen«, daß »der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik ungeschwächt« fortbestehe und die Entscheidung immer noch bei denjenigen liege, »die bis jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind«.²¹ Der Druck von außen war sicherlich nicht der allein maßgebende Faktor, der die Umgebung Wilhelms II. bewog, den Reformforderungen der Linken nachzugeben. Ohne die innenpolitischen Bedingungen Wilsons wäre dies jedoch schwerlich denkbar gewesen.

Im Grunde bestätigte die Kraftprobe, die die zivile Führung in der letzten Oktoberwoche zu bestehen hatte, Wilsons Skepsis hinsichtlich der Verlässlichkeit der deutschen Friedensbereitschaft. Die dritte Note des Präsidenten, die am 24. Oktober einging, brach endgültig mit der Illusion, nach einer Waffenruhe die Kampfhandlungen wiederaufnehmen zu können. Die OHL beantwortete sie mit einem Tagesbefehl, der die Armee zur Fortsetzung des heroischen Widerstandskampfes aufrief und die Bedingungen Wilsons für unannehmbar erklärte, ohne daß eine Rücksprache mit der Reichsleitung erfolgt war.²² Diesmal setzte sich Max von Baden unter Androhung seiner Demission beim Kaiser gegen Ludendorff, dessen Rücktrittsdrohung inzwischen stumpf geworden war, mit dem Argument durch, daß die Einmischung der beiden Generale die Einheitlichkeit der Führung bedrohe und den Verständigungsfrieden ernsthaft gefährde und daß ein Übereinkommen mit Wilson nur nach Beendigung der bisherigen »Doppel-Regierung« möglich sei.²³ Es kam jedoch nur zu einer halben Lösung. Während Ludendorff erbittert zurücktrat, blieb Hindenburg auf Drängen des Kaisers im Amt. Als Erster Generalquartiermeister wurde ihm der durch seine Leistungen für die Kriegswirtschaft hochverdiente General Wilhelm Groener beigegeben.

Immerhin rückte die Reichsregierung mit der Entlassung Ludendorffs endgültig von der Erwägung ab, unzumutbare Waffenstillstandsbedingungen mit der Ausrufung des nationalen Verteidigungskrieges zu beantworten. Zur Annahme der im Verlauf des Notenwechsels deutlich verschlechterten Bedingungen des amerikanischen Präsidenten gab es keine Alternative. In Anbetracht der offenkundigen militärischen Niederlage verfielen die Durchhaltebefehle nicht mehr. Gehorsamsverweigerung im Heimatheer, Nichtbefolgung von Gestellungsbefehlen, Renitenz gegenüber örtlichen Militärorganen waren an der Tagesordnung, und ähnliche Vorgänge ereigneten sich in den Etappen des Feldheeres.

Man war nicht bereit, für eine verlorene Sache zu sterben. Währenddessen erhielten Tausende von zuvor reklamierten Arbeitern Gestellungsbefehle. Noch am 27. Oktober rief der »Vorwärts« zur Zeichnung der neunten Kriegsanleihe auf. Nahezu alle politischen Gruppierungen des sterbenden Kaiserreiches wurden von den Ereignissen überrollt.

Denn nun setzte sich der Friedenswille der breiten Masse in eine stündlich anwachsende Protestbewegung um.²⁴ Es bedurfte dazu nicht der Agitation von USPD, Revolutionären Obleuten und Spartakusbund, dessen Führer erst in diesen Tagen aus der Haft entlassen wurden. Der Industriearbeiterschaft stand das Vorbild der russischen Oktoberrevolution vor Augen, der es gelungen war, die Beendigung des Krieges zu erzwingen. Bolschewistische Zielsetzungen rückten demgegenüber völlig in den Hintergrund. Die Mehrheitssozialdemokratie, die eine schrittweise Demokratisierung wünschte und in das Kabinett eingetreten war, um ein Abrutschen in »russische Verhältnisse« zu verhindern, glaubte noch immer, den Bestand der Monarchie nicht antasten zu müssen. Auch in der Parlamentarisierungsfrage nahm sie zunächst eine abwartende Haltung ein. Erst am 26. Oktober wurde die überfällige Verfassungsreform unter dem Druck der dritten Note Wilsons vom Reichstag verabschiedet. Sie verwandelte das Reich in eine parlamentarische Monarchie.²⁵ Von nun an bedurfte der Reichskanzler des Vertrauens der Volksvertretung und war ihr und dem Bundesrat verantwortlich. Mitglieder des Parlaments konnten nunmehr Minister werden, ohne ihr Mandat aufzugeben. Die Entscheidung über Krieg und Frieden und die militärische Kommandogewalt lagen nicht länger beim Kaiser, sondern bei der parlamentarisch verantwortlichen Reichsregierung, deren politischer Aufsicht nun auch die Militärbefehlshaber unterstanden. Die bisher selbständige Stellung des preußischen Kriegsministers wurde beseitigt. Hingegen unterblieb die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten durch eine entsprechende Vorschrift in der Reichsverfassung. Nur auf schärfsten Druck hin stimmte das preußische Herrenhaus, allerdings nur in erster Lesung, seiner Einführung zu. Die revolutionären Ereignisse überholten die zögerlichen Reformschritte in Preußen.

Obwohl die am 28. Oktober in Kraft tretenden neuen Verfassungsvorschriften den Forderungen der Linksliberalen und der Sozialdemokraten weitgehend entsprachen, blieben wichtige Verfassungsprobleme, nicht zuletzt aufgrund ihrer improvisierten Entstehung, ungeregt, so

vor allem die Frage der Prärogative des Monarchen und seiner Rechte im Falle fehlender parlamentarischer Mehrheiten. Ein Rückfall in den vorangegangenen »Kryptoparlamentarismus«, wie Eduard David formuliert hatte, war deshalb keineswegs ausgeschlossen.²⁶ Erst im letzten Moment kam es zu einer grundlegenden Umformung der militärischen Kommandogewalt zugunsten des Reichskanzlers. Demgegenüber blieben die verhaßten Symbole des politischen Systems bestehen, und ihre überwiegend militärischen Träger wurden nicht ausgewechselt. Als »Revolution von oben« konzipiert, vermochten die Reformen das tiefe Mißtrauen der Bevölkerung nicht auszuräumen, das in der Forderung nach Abdankung des Kaisers, die wie ein Lauffeuer um sich griff, zum Ausdruck kam.

Daß die Parlamentarisierung nur halbherzig und erst unter dem Einfluß der Wilsonschen Bedingungen herbeigeführt worden war, neutralisierte die ihr zugedachte innenpolitische Entlastungsfunktion. Vermutlich hätte eine sofortige Abdankung des Kaisers, wie sie seit Mitte Oktober auch Vertreter der bürgerlichen Mitte forderten, die – so der Staatswissenschaftler Max Weber – die monarchische Staatsform bewahren wollten, den Lauf der Dinge nicht aufhalten können. In den Augen der Bevölkerung war in erster Linie die Person des Kaisers mit der Verantwortung für den Kriegsausgang belastet. Es rächte sich bitter, daß Wilhelm II. das plebiszitäre Nebenregiment Hindenburgs zugelassen hatte. Das wirkte sich um so nachteiliger aus, als er auch jetzt nicht bereit war, sich von den hochkonservativ eingestellten Hofkreisen und seinen militärischen Beratern zu lösen. Es stellte einen schweren Affront gegenüber Max von Baden dar, daß er sich durch die Abreise in das Große Hauptquartier in Spa dem unmittelbaren Einfluß der Reichsleitung entzog. Die Annahme der Einladung Hindenburgs fiel auch deshalb unverzeihlich ins Gewicht, weil der Kaiser damit die Militärs politisch aufwertete, was an der Aufrichtigkeit zweifeln ließ, mit der er der Verfassungsreform zugestimmt hatte. Höflinge und legitimistische Offiziere suggerierten Wilhelm II. das grotesk anmutende Vorhaben, an der Spitze der getreuen Feldtruppen in Berlin einzurücken und die Ordnung im Reich wiederherzustellen.

Die Parlamentarisierung konnte den Zerfall der militärischen Macht nicht aufhalten, sie war vielmehr dessen Folge. Ebenso konnte die Protestbewegung der Massen, die die Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschaften in legale Bahnen zu lenken bemüht waren, nur

in der Beseitigung der Militärherrschaft ihren Endpunkt finden. Eine frühzeitige Abdankung des Kaisers hätte ihr noch größeren Auftrieb verschafft. Die historische Verschränkung von Militärherrschaft und Hohenzollernmonarchie konnte durch verfassungspolitische Maßnahmen allein nicht aufgehoben werden. Dies verkannt zu haben gehört zu den psychologisch begreiflichen, politisch verhängnisvollen Fehleinschätzungen Friedrich Eberts und seiner Parteigänger. Nur eine entschiedene und sofortige Desavouierung der militärischen Führung hätte dem Übergangskabinett breitere Sympathien erwerben können. Statt dessen diente es zur Kaschierung des militärischen Bankrotts und trug wesentlich zu den illusorischen Hoffnungen bei, die die Öffentlichkeit noch immer mit einem »Wilson-Frieden« verband.

Seit dem 4. November 1918 setzte die zuvor noch zurückgedämmte revolutionäre Bewegung ein. Sie war provoziert durch das einseitige Vorgehen der Seekriegsleitung, die im Einklang mit dem gleichzeitigen Armeebefehl Ludendorffs einen Vorstoß der Hochseeflotte vorsah, um die britischen Seestreitkräfte zum »Endkampf« herauszufordern.²⁷ Die Marinebefehlshaber begründeten diesen ohne ausreichende Unterrichtung der Reichsleitung unternommenen Schritt damit, daß nach Einstellung des unbeschränkten U-Boot-Krieges, die gegen ihren Willen verfügt worden war, eine Reaktivierung der zuvor auf dessen Sicherung beschränkten Hochseeflotte wünschenswert sei. Das eigentliche Motiv bestand darin, die Marine vor dem Odium des militärischen Versagens zu bewahren. In einem Memorandum des Hochseekommandos, das sich für eine Flottenaktion aussprach, hieß es: »Aus einem ehrenvollen Kampf der Flotte, auch wenn er ein Toteskampf wird in diesem Kriege, wird – wenn unser Volk nicht national überhaupt versagt – eine neue deutsche Zukunftsflotte hervorwachsen.«²⁸ Es war der Seekriegsleitung, die diesen Plan billigte, nicht darum zu tun, dem bedrängten Heer durch eine Operation im Ärmelkanal zu Hilfe zu kommen. Ihr ging es um die Bewahrung des Flottengedankens angesichts eines als schmachvoll empfundenen Friedens. Die Ausführung dieses Vorhabens hätte nicht nur zur nutzlosen Opferung von zahlreichen Menschenleben geführt, sondern auch die Waffenstillstandsverhandlungen ernsthaft behindert.

Die Besatzungen der auf Schillig Reede zusammengezogenen Flottenverbände standen unter dem Eindruck der rasch umlaufenden Gerüchte, daß ein letzter »Todeskampf« der Hochseeflotte beabsichtigt sei, worauf die Operation letztlich hinausgelaufen wäre. Sie weigerten

sich, den Befehlen zum Auslaufen zu folgen, und leisteten auch dann noch Widerstand, als die vorgesehene Operation bereits aufgegeben worden war. Die unklare Befehlsgebung des Hochseekommandos, das die Rückkehr des Dritten Geschwaders, bei dem die Meuterei begonnen hatte, nach Kiel anordnete, rief dort eine Revolte der Besatzungen hervor, der sich die Garnison und die sympathisierende Industriearbeiterschaft sofort anschlossen. Matrosenräte, die zur Führung von Verhandlungen mit dem Marinebefehlshaber gebildet wurden, gaben den Anstoß zu einer allgemeinen revolutionären Erhebung. Während die Reichsleitung Gustav Noske als Vertreter der MSPD und Staatssekretär Conrad Haußmann nach Kiel entsandte, um durch Verhandlungen mit den Streikenden einen friedlichen Ausgleich zu erreichen, sprang der Funke von Kiel auf andere Flottenstützpunkte und bald auf nahezu alle deutschen Großstädte über. Überall kam es zur Entwaffnung der Offiziere und zur Übernahme der politischen Macht durch spontan gebildete Soldaten- und Arbeiterräte. Die Revolution war damit unabwendbar geworden.

Unabhängig von der Frage, inwieweit die Seekriegsleitung die Reichsleitung über ihre Absichten verständigt hatte, mußte die geplante Operation unmittelbar vor dem erhofften Waffenstillstand als Versuch verstanden werden, die Verhandlungen zu torpedieren. Das tiefe und nicht unberechtigte Mißtrauen der Soldaten und Arbeiter in die militärische Führung, deren moralische Autorität verlorengegangen war, erklärt die Schnelligkeit, mit der sich die Erhebung ausbreitete. Es gab kaum jemanden, der sich der rasch anschwellenden Protestbewegung in den Weg zu stellen wagte. Nach einer Periode größter äußerer Entbehrungen und psychologischer Anspannung entlud sich nun das aufgestaute soziale Konfliktpotential, welches durch die beibehaltenen Klassenschränken zwischen Mannschaften und Offizierskorps ständig geschürt worden war. Der Haß auf die Symbole der Militärherrschaft macht verständlich, warum den Offizieren allenthalben die Rangabzeichen von den Uniformen gerissen wurden. Analog dazu verschafften sich auch in den Betrieben elementare demokratische Gleichheitsforderungen Luft. Dem Kampf gegen den »Kadavergehorsam« im militärischen Bereich entsprach die Ablehnung der Unternehmerwillkür in der Produktionssphäre.

Die zaghaften sozialen Reformen des Kabinetts Max von Baden, die Errichtung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben, die Beseiti-

gung der gesetzlichen Einschränkungen des Koalitionsrechts, die erst Mitte Oktober ausgesprochene Amnestie wegen politischer Straftaten Inhaftierter reichten keinesfalls aus, um die politisch bewußte Arbeiterschaft zufriedenzustellen. Von einer breiten revolutionären Bewegung des industriellen Proletariats konnte zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede sein, wenngleich die Mehrheitssozialdemokraten wegen ihrer ambivalenten Politik im Vergleich zur USPD deutlich an Sympathie einbüßten. Die revolutionären Kräfte in der Arbeiterbewegung, die Revolutionären Obleute, der linke USPD-Flügel unter der Führung Georg Ledebours und die vor dem 8. November noch kaum aktionsfähige Spartakus-Gruppe erlangten größeren Einfluß erst, als die Autorität der Militärs spürbar ausgehöhlt war.

Es paßte in das Bild der von der OHL systematisch aufgebauten Legende, daß die Niederlage zustande gekommen sei, weil die Heimat der Front in den Rücken gefallen sei, der revolutionären Linken die Schuld an der Entfesselung der Revolution anzulasten. Schon Ende November 1918 äußerte Ludwig Beck, damals Major im Generalstab: »Im schwersten Augenblick des Krieges ist uns die – wie ich jetzt keinen Moment mehr zweifle – von langer Hand vorbereitete Revolution in den Rücken gefallen.«²⁹ Die im Lager der politischen Rechten kursierenden Gerüchte und bewußten Fälschungen wurden wenige Wochen später in einem Bericht der »Neuen Zürcher Zeitung« unter das Stichwort des »Dolchstoßes« gerückt. Seitdem gehörte der Begriff zum Repertoire der antirepublikanischen Propaganda von rechts.³⁰ Der Zusammenbruch des Kaiserreiches war in erster Linie der Unfähigkeit der maßgebenden Eliten zuzuschreiben, die nicht nur die militärische und wirtschaftliche Kraft der Mittelmächte überschätzten, sondern auch der Illusion erlagen, durch den Krieg die überfällige Modernisierung des gesellschaftlichen und politischen Systems aufhalten zu können, die ihre privilegierte soziale Stellung bedrohte.

Die Volksbewegung, die das Regime in den ersten Novembertagen hinwegschwemmte, richtete sich gegen die angemaßte Autorität der militärischen Träger des Systems und die ihm zugrunde liegende soziale Ungerechtigkeit.³¹ Dieser Protest war elementar, aber nahm nicht den Charakter zügelloser Gewaltanwendung und hemmungsloser Exzesse an. Mit dem Ende des Krieges schien eine neue Epoche anzubrechen, die Klassenjustiz und Kadavergehorsam, Willkür und soziale Ungleichheit beseitigen würde. Es zeigte sich bald, daß es an politischen Füh-

rerpersönlichkeiten mangelte, welche die Fähigkeit aufbrachten, diese Hoffnungen und das in ihnen liegende demokratische Potential für einen politischen Neuanfang fruchtbar zu machen.

ZWEITES KAPITEL

DIE DEUTSCHE REVOLUTION

Die Oktoberreformen 1918 hatten das doppelte Ziel verfolgt, dem Verlangen Präsident Wilsons nach Bildung einer demokratisch legitimierten Regierung Rechnung zu tragen und einen revolutionären Umsturz zu verhindern.¹ Die Mehrheitsparteien waren entschlossen, auf der Grundlage der Parlamentarisierung von Reichstag und Bundesrat an der Hohenzollernmonarchie festzuhalten. Es zeichnete sich jedoch ab, daß dies nur möglich war, wenn sich Wilhelm II. bereit fand, zugunsten eines der kaiserlichen Prinzen oder eines Regentschaftsrates abzutreten. Indem sich der Kaiser durch die Reise ins Hauptquartier nach Spa dem Einfluß des Reichskabinetts entzog und von seinen Beratern, anfänglich auch vom Ersten Generalquartiermeister Wilhelm Groener, gedrängt wurde, an der Spitze des irrigerweise für zuverlässig gehaltenen Feldheeres die Herrschaft über Deutschland zurückzuerobern, verschlug sich diese Möglichkeit.

Die Reichsleitung glaubte noch immer – trotz des sich verstärkenden Zögerns der Mehrheitssozialdemokratie, die am 7. November in einem Ultimatum die Abdankung des Kaisers verlangte, dessen Befristung sie zweimal um vierundzwanzig Stunden verlängerte –, durch den Rücktritt des Monarchen und die Einsetzung eines Regentschaftsrates oder eines Stellvertreters den Zusammenbruch des eben erst modernisierten wilhelminischen Verfassungssystems vermeiden zu können. Es ist jedoch zweifelhaft, ob ein Einlenken Wilhelms II., der bis zuletzt an der zweifelhaften Vorstellung festhielt, als Deutscher Kaiser, nicht aber als König von Preußen zurückzutreten, die anrollende revolutio-

näre Welle hätte abfangen können. Zu tief war die Person des Kaisers in die verhaßte Militärherrschaft verstrickt, die nun gleichsam über Nacht zusammenbrach.

Die Unschlüssigkeit des Monarchen zwang Prinz Max von Baden, von sich aus am Vormittag des 9. November, bevor das erwartete Telegramm aus Spa eingetroffen war, die Abdankung Wilhelms II. bekanntzugeben. Er hoffte, damit den Weg für eine Regentschaft freizumachen. Letztere fand jedoch nicht mehr die Billigung der Sozialdemokraten, die um die Mittagszeit ultimativ die ungeteilte Macht verlangten. Friedrich Ebert berief sich darauf, daß die in Berlin stehenden Truppenverbände auf die Seite der MSPD getreten seien. In der Tat war es Otto Wels gelungen, sich ihres Rückhalts gegenüber den auf einen revolutionären Umsturz drängenden Revolutionären Obleuten zu versichern. Für die Einsetzung eines Regenten war es jetzt zu spät.

Prinz Max von Baden war sich über die Tragweite seines Entschlusses, Friedrich Ebert um die Übernahme des Reichskanzleramtes zu ersuchen, voll im klaren. Er wußte, daß er damit selbst vom geltenden Verfassungsrecht abwich. Aber die Übergabe der Macht an den Führer der Mehrheitssozialdemokraten schien die einzige Möglichkeit zu sein, den Bestand des Reiches zu erhalten. Er knüpfte an die Beauftragung Eberts die Forderung, alsbald eine Verfassunggebende Nationalversammlung einzuberufen. Ebert stimmte mit Prinz Max in dem Willen überein, einen Umsturz soweit wie möglich zu vermeiden und die Oktoberverfassung aufrechtzuerhalten. Er dachte an die Bildung eines Koalitionskabinetts unter Beteiligung der bürgerlichen Parteien, aber mit einer sozialdemokratischen Mehrheit. Philipp Scheidemanns spontan gefaßter Entschluß, einer Aktion Karl Liebknechts zuvorzukommen und vom Balkon des Reichstagsgebäudes aus die Deutsche Republik auszurufen, wurde von Ebert mit Empörung aufgenommen, zumal Scheidemann im Zusammenhang damit eine rein sozialistische Regierung zugesagt hatte.²

Eberts Kritik, daß die Entscheidung über die künftige Staatsform nur der Verfassunggebenden Nationalversammlung zustehe, abstrahierte von der inzwischen eingetretenen politischen Lage. In Anbetracht der revolutionären Stimmung in der Arbeiterschaft und der von der MSPD selbst ausgesprochenen Generalstreikdrohung hatte Scheidemann richtig gehandelt. Ihm fehlte die Festigkeit der Überzeugung, die für Ebert charakteristisch war, aber er besaß ein besseres Gespür für die Stim-



Trauerzug mit den Opfern des Januar-Aufstandes auf dem Weg zum Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde am 25. Januar 1919.

mung der Massen und für die Notwendigkeit, daß sich die Sozialdemokratie an die Spitze der Protestbewegung zu setzen habe, wenn sie nicht in den Strudel des politischen Umsturzes hineingerissen werden wollte. Durch sein Drängen, die Initiative an sich zu ziehen, verhinderte er, daß die SPD das Vertrauen der Massen einbüßte, die in Wilhelm II. nurmehr ein Hindernis für die Beendigung des Krieges erblickten.

Ein frühzeitiger Thronverzicht des Kaisers hätte vermutlich an der Beseitigung der durch den Ausgang des Krieges diskreditierten Staatsform nichts geändert, obwohl die führenden Mehrheitssozialdemokraten in dieser Frage keineswegs endgültig festgelegt waren. Die Entscheidung über das Schicksal der deutschen Dynastien war durch die parallelen Vorgänge in den Bundesstaaten bereits präformiert. Obgleich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Bayern ausgeprägt gemäßigte Züge hatte, setzten sich hier die revolutionären Veränderungen am raschesten durch.³ Am 7. November benutzte der Führer der Bayerischen USPD, Kurt Eisner, der sich einen Namen als Schriftsteller gemacht hatte, eine gemeinsame Kundgebung der beiden Arbeiterparteien, die am Nachmittag des 7. November auf der Theresienwiese stattfand und den sofortigen Frieden verlangte, um in einer von ihm improvisierten Versammlung der Arbeiter- und Bauernräte im Landtag die Abdankung König Ludwigs III. zu fordern und die Bayerische Republik auszurufen.

Der Führer der Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer, verschloß sich am 8. November nicht länger der ihm von der USPD angebotenen Koalition und verständigte sich mit Eisner, der von der Versammlung der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zum vorläufigen Ministerpräsidenten ausgerufen worden war. In einem Aufruf an die Münchner Bevölkerung sicherte er die frühestmögliche Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung und eine Gewährleistung der öffentlichen Ordnung durch den provisorischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat zu. Eisners Regierungsprogramm vom 15. November enthielt ausgeprägt föderalistische Elemente, faßte eine deutsche Donau-Föderation unter Auflösung des Reiches ins Auge, war jedoch in der Sozialisierungsfrage ausgesprochen zurückhaltend. Ludwig III. vermied einen förmlichen Thronverzicht, entband aber die Beamten ihres Treueids.

Ebenso wie die Wittelsbacher verzichteten die anderen einzelstaatlichen Dynastien auf den Thron und machten den Weg in die Republik

widerstandslos frei. In den meisten Ländern kam es zur Bildung von Koalitionsregierungen zwischen SPD und USPD, in Einzelfällen zur Einbeziehung der bürgerlichen Linksparteien. Überall wurde der Umsturz durch spontan gebildete Arbeiter- und Soldatenräte ausgelöst, deren Initiative die beiden sozialistischen Parteien in Zugzwang brachte. Die Reichshauptstadt stand keineswegs an der Spitze der revolutionären Bewegung, obwohl die radikale Linke hier starken Rückhalt besaß. Die Revolutionären Obleute und die Anhänger des Spartakus-Bundes waren entschlossen, den Friedenswillen der Massen zur Durchsetzung einer sozialistischen Diktatur zu benutzen. Eine für den 4. November geplante Massendemonstration, die das Zeichen zum Sturz der Reichsregierung geben sollte, wurde auf den 11. November vertagt, da die Situation für den revolutionären Umsturz noch nicht reif zu sein schien. Beide Gruppen wurden von der Wendung, die die Dinge am Vormittag des 9. November nahmen, überrascht. Das galt gleichermaßen für die USPD, deren Vorsitzender sich zu diesem Zeitpunkt in Kiel aufhielt, ohne dort verhindern zu können, daß sich Gustav Noske an die Spitze des inzwischen gebildeten Kieler Arbeiter- und Soldatenrats stellte, dessen Forderungen mit der Befreiung der Inhaftierten, der Ausschaltung der Militärbefehlshaber und der Zusicherung demokratischer Reformen weitgehend erfüllt waren.

Die revolutionäre Erhebung, die sich in diesen Novembertagen vollzog und allerorten zur spontanen Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten führte, war nicht das Werk der organisierten Arbeiterbewegung. Die Agitation der radikalen Linken hatte seit Mitte Oktober zugenommen, zumal ihre Führer aufgrund der von den Mehrheitsparteien durchgesetzten Amnestie aus der Gefängnishaft freikamen, schließlich auch Karl Liebknecht. Er wurde in jenen Wochen von seiner Anhängerschaft, darunter Teilen der proletarischen Jugend, als Märtyrer der Militärdiktatur stürmisch gefeiert, war er doch der erste sozialdemokratische Abgeordnete, der die Kriegskredite konsequent abgelehnt und die Burgfriedenspolitik der Mehrheitssozialdemokraten schonungslos angegriffen hatte. Die bestenfalls einige tausend Anhänger umfassende Spartakus-Gruppe war nicht hinreichend konsolidiert, um eine maßgebende Rolle zu spielen. Dennoch machte der rasch anwachsende Antibolschewismus in erster Linie die »Spartakisten« für die revolutionären Unruhen der folgenden Monate verantwortlich.

Einflußreicher als die Spartakus-Gruppe, die bislang weitgehend

unterdrückt war und nur über eine illegale Korrespondenz verfügte, waren die Revolutionären Obleute. Sie hatten insbesondere in Berlin und Bremen ein funktionierendes Organisationsnetz in den Großbetrieben aufgebaut und trauten sich zu, den Umsturz durch einen Aufruf zum Generalstreik in Gang setzen zu können, obwohl sie sich über Liebknechts »revolutionäre Gymnastik«, dessen Glauben an die spontane Mobilisierbarkeit der Massen, lustig machten.⁴ Keine dieser Gruppen verfügte über ein klares Programm zur Machteroberung. Zwar beschwor der Spartakus-Bund, dessen prominente Führer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, erst kurz zuvor aus der Haft entlassen worden waren, das Vorbild der russischen Oktoberrevolution und forderte in einer Reihe von Flugblättern die Umwandlung Deutschlands in eine sozialistische Räterepublik. Aber er konnte schwerlich hoffen, den Einfluß auf die Massen des deutschen Proletariats innerhalb absehbarer Zeit zu gewinnen.

Vor allem für Rosa Luxemburg stand fest, daß die angestrebte Diktatur des Proletariats keine Minderheitsherrschaft sein dürfe; insofern vertrat sie eine demokratische Position.⁵ Trotz theoretischer Divergenzen setzten sie und Karl Liebknecht ihre Hoffnung auf die nichtorganisierten Teile des Proletariats. Eine Welle revolutionärer Einzelaktionen sollte die allgemeine Revolutionierung nach sich ziehen. Diesem Ziel diente die ätzende Kritik, die Rosa Luxemburg in den folgenden Wochen an der Kompromißpolitik der Mehrheitssozialdemokratie übte. Doch sie vermochte sich innerhalb des Spartakus-Bundes gegenüber den anarchistisch beeinflussten, für terroristisches Vorgehen eintretenden Putschisten und dem realitätsfernen Idealismus Liebknechts nicht durchzusetzen, und dies erging weiterblickenden Köpfen wie Paul Levi und Leo Jogiches nicht anders. Die radikale Rhetorik, mit welcher der damals noch zur USPD gehörende Spartakus das Monopol auf revolutionäre Gesinnung beanspruchte, zerrte diese sich zum Jahreswechsel als KPD/Spartakus-Bund neu formierende Gruppierung in den Strudel der in den Januarkämpfen kulminierenden gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Ebensowenig war die USPD-Mehrheit auf die revolutionären Ereignisse vorbereitet.⁶ Die USPD hatte in der Kriegsfrage eine konsequente Haltung eingenommen, und dies sicherte ihren Führern das Vertrauen wachsender Teile der Industriearbeiterschaft. Indessen hatte sie mit beträchtlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Unter Kriegsbedingun-

gen und infolge von Zensur und Repressionsmaßnahmen hatte sie den eigenen Parteiapparat nur begrenzt ausbauen können. Anhängerschaft und Führung setzten sich aus politisch stark divergierenden Richtungen zusammen, ohne daß es gelang, sie auf eine einheitliche politische Linie festzulegen. Neben dem Spartakus-Bund verfochten die Revolutionären Obleute, deren Gewicht in den Streikkämpfen der letzten Kriegsjahre zugenommen hatte, revolutionär-syndikalistische Zielsetzungen, während der gemäßigte USPD-Flügel konsequent am Erfurter Programm festhalten wollte und es ablehnte, die russische Oktoberrevolution, so sehr sie als Fortschritt empfunden wurde, zur Richtschnur des praktischen Vorgehens unter deutschen Verhältnissen zu machen.

Die USPD war entschlossen, für die sofortige Herbeiführung des Friedens zu kämpfen, aber sie besaß keine Vorstellung davon, wie die dafür notwendige revolutionäre Aktion aussehen und zu welchen politischen Konsequenzen sie führen sollte. Noch Anfang November 1918 glaubte die USPD-Führung nicht, die Wende aus eigener Kraft erzwingen zu können. Ihre innenpolitischen Forderungen lagen auf der Linie des Erfurter Programms, zielten auf eine umfassende Demokratisierung sowie auf die Sozialisierung zumindest der Großindustrie, schließlich auf ein Milizsystem. Die Partei bekannte sich zum parlamentarisch-demokratischen System, sah aber in der Rätebewegung eine willkommene Chance, den proletarischen Interessen im revolutionären Umwälzungsprozeß Geltung zu verschaffen. Sie widersetzte sich daher der Absicht der MSPD, sofort eine Konstituante einzuberufen, und versprach sich vom Ausbau der Räte revolutionäre Eingriffe in die gesellschaftliche Verfassung, insbesondere die Entmachtung der Militärs und Großindustriellen, um auf dieser Grundlage in demokratischen Wahlen eine Mehrheit für eine sozialistische Republik zu erringen. Nur der linke, von den Revolutionären Obleuten repräsentierte Flügel erblickte im Rätssystem eine Alternative zur Repräsentativverfassung. Zu einer ausgebildeten Rätetheorie kam es nicht vor der zweiten Phase der Revolution, dem Frühjahr 1919.

Der Mangel eines Machteroberungskonzepts mußte angesichts der unverhofft eintretenden revolutionären Situation für die USPD nicht unbedingt von Nachteil sein. Weit abträglicher wirkte das sozialdemokratische Erbe: eine mit Machtfremdheit gepaarte Prinzipienfestigkeit, übermäßige Rücksichtnahme auf den Parteiapparat und die Anhängerschaft. Außerdem legte die USPD aufgrund der Erfahrungen

der Parteispaltung das Prinzip innerparteilicher Demokratie so weit aus, daß die überfällige Abgrenzung zur äußersten Linken immer wieder unterblieb. Es erwies sich zudem als taktisch nachteilig, daß die proletarischen Massen wie selbstverständlich die Zusammenarbeit mit der Mehrheitssozialdemokratie herbeiwünschten. Dies erschwerte es der USPD, sich der Umarmungstaktik Friedrich Eberts im Rat der Volksbeauftragten zu entziehen. Mit Hugo Haase, Rudolf Breitscheid, Karl Kautsky, Eduard Bernstein und Rudolf Hilferding besaß der gemäßigte Parteiflügel herausragende und politisch fähige Persönlichkeiten, von denen einige im Verlauf der Weimarer Republik maßgebende Bedeutung erlangen sollten. Sie vermochten sich jedoch während der stürmischen Revolutionsphase gegen die weitgehend den Revolutionären Ob-leuten nahestehenden Radikalen wie Richard Müller, Emil Barth und Ernst Däumig nicht durchzusetzen.

Die revolutionäre Initiative ging jedoch nicht von den sozialistischen Parteien, sondern den Soldaten- und Arbeiterräten aus, die, mit Ausnahme Berlins, zwischen dem 7. und 9. November 1918 die Macht an sich rissen. Von den Küstenstädten und Flottenstützpunkten aus erfaßte die Rätebewegung das gesamte Reichsgebiet. Die Räte übernahmen die Kommandogewalt in den Garnisonen und die Kontrolle der örtlichen Verwaltung. Sie füllten dergestalt das politische Vakuum aus, das durch den Zerfall der Militärherrschaft entstanden war. Denn unter den Bedingungen des Belagerungszustandes oblag auch die zivile Verwaltung in weiten Bereichen den jeweiligen Militärbefehlshabern, die in der rüstungswichtigen Industrie eng mit den Unternehmern zusammenarbeiteten, wenngleich sie zunehmende Scheu empfanden, die Militarisierung der Betriebe als schärfste Maßnahme anzuwenden. Die Verschränkung unternehmerischer und militärischer Interessen in der Kriegswirtschaft erklärt den elementaren Haß gegen alles Militärische, der in der Revolutionsphase zutage trat.

Das zentrale Motiv für die Bildung von Soldatenräten bestand darin, eine angemessene Behandlung des gemeinen Mannes durch die Vorgesetzten, für deren Wahl man eintrat, zu erreichen. Darauf zielten die Abschaffung der Grußpflicht außer Dienst und der unterschiedlichen Verpflegungssätze, die Beseitigung des als unerträglich empfundenen »Kadavergehorsams« und das Verbot des symbolischen Waffentragens. In der häufig gewaltsamen Entwaffnung der Vorgesetzten, im Herunterreißen von Kokarden und Rangabzeichen entlud sich ein lang

angestauter Haß gegen das Offizierskorps. Es rächte sich nun, daß Standesunterschiede nirgends so augenfällig aufrechterhalten worden waren wie im Heer und bei der Marine. Dabei waren die Soldatenräte keineswegs von radikalen politischen Gruppierungen beherrscht; viele ihrer Mitglieder gehörten dem Bürgertum an.⁷

Bei den Arbeiterräten begegnete man nur ausnahmsweise einem Übergewicht der radikalen Linken, die in vereinzelten Hochburgen wirksamen Einfluß auf ihre Zusammensetzung zu nehmen vermochten. Im ganzen trat bei der Bildung der Räte das Bestreben der Arbeiterschaft hervor, die Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung rückgängig zu machen. Häufig waren die örtlichen Gewerkschaftsführer darin vertreten, darunter auch Funktionäre der christlichen Gewerkschaften, sofern die Räte nicht spontan, aus öffentlichen Versammlungen heraus, gebildet wurden. Analog zu den Arbeiterräten entstanden vor allem in Süddeutschland Bauernräte, in denen konservative Bestrebungen zur Geltung kamen. Frühzeitig setzte sich die Tendenz zu geordneten Wahlen durch. In diesen Fällen, insbesondere aber bei der Schaffung überregionaler Rätevertretungen, spielte die Rivalität zwischen MSPD und USPD eine größere Rolle. In der ersten Phase der deutschen Revolution entsprach die Zusammensetzung der Räte weitgehend den politischen Strömungen in der Arbeiterschaft und bei den Soldaten. Das in der Rätebewegung vorhandene demokratische Potential nicht hinreichend genutzt zu haben erscheint als eines der schwerwiegendsten Versäumnisse der mehrheitssozialdemokratischen Führung.⁸

Ogleich bei der Entstehung der Rätebewegung das Vorbild der Sowjets präsent war, herrschte nicht die sozialrevolutionäre Programmatik der Bolschewiki vor, wie vereinzelte Flugblätter des Spartakusbundes, der sich für die Konstituierung eines Rätesystems nach bolschewistischem Muster einsetzte, zu suggerieren versuchten, sondern die Rolle, welche die Räte bei der Herbeiführung des Friedens gespielt hatten. Friedensfrage und Demokratisierung gingen in jenen Wochen eine unauflösliche Verbindung ein. Die Existenz der Räte deutete auf die tiefe Entfremdung hin, die zwischen den Massen der Industriearbeiterschaft und dem Funktionsapparat von MSPD und Freien Gewerkschaften bestand. Nicht zufällig waren die Räte als Form der Selbstorganisation des Proletariats zuerst beim Januarstreik 1918 in Erscheinung getreten, als man die Streikführung nicht den mit der Regierung zusammenarbeitenden Gewerkschafts- und Parteifunktionären überlassen wollte.

Überwiegend beschränkten sich die Räte darauf, Kontrollfunktionen wahrzunehmen, und es kam in der Regel nicht zu Eingriffen in die Verwaltung. Nur vereinzelt nahmen sich die Räte das Recht, personelle Umbesetzungen durchzuführen, wobei sie sich in der Mehrzahl der Fälle an die zuständigen Zentralbehörden wandten. Ihr Einfluß hing von den lokalen Verhältnissen, vor allem von der Bereitschaft der kommunalen Behörden zur Zusammenarbeit ab. Daß die Räte eine riesenhafte Mißwirtschaft verursacht hätten, ist – von den fragwürdigen Bürokratisierungstendenzen des Berliner Vollzugsrates abgesehen – eine böswillige Unterstellung. Häufig kümmerten sie sich um politisch brisante Fragen wie die Lebensmittelversorgung, die angesichts der fortbestehenden alliierten Blockade zusammenzubrechen drohte, oder um die sozialen Folgeprobleme der Demobilisierung. Sie trugen in erheblichem Umfang zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bei, die durch die Erregung der Massen und den tiefgreifenden Autoritätsschwund der Behörden gefährdet war. Gelegentlich hat man den preußischen Ordnungssinn der Räte verspottet und die Mängel, die ihrer improvisierten Tätigkeit anhafteten, über Gebühr hervorgehoben, ohne deren Fähigkeit zu geordneter demokratischer Selbstorganisation anzuerkennen.

Bei den Führern der Mehrheitssozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften stießen die Räte von vornherein auf Mißtrauen und Ablehnung. Sie paßten nicht in die politische Vorstellungswelt ihrer Spitzenfunktionäre, die von dem Grundsatz straffer zentralistischer Zusammenfassung und organisatorischer Disziplin geprägt war. Die lang eingeübte Antipathie gegen alle spontanen Regungen in der organisierten Arbeiterbewegung verband sich mit der Furcht vor einem Absturz in »russische Verhältnisse«. Die Räte wurden von der gemäßigten Mehrheit als Derivat der Oktoberrevolution, bestenfalls als Element der Unordnung betrachtet, das baldmöglichst wieder beseitigt werden müsse. Überhaupt erschien ihnen die Mobilisierung der Arbeiterschaft, die sich seit Anfang November vollzog, als überflüssig, ja schädlich, da sie nur die Arbeit der Regierung behindere, die schon zwei Tage nach dem Umsturz das Ende der Revolution verkündete.

Als Friedrich Ebert am Vormittag des 9. November 1918 von Prinz Max von Baden ultimativ die Übernahme der Regierungsgeschäfte verlangte, ging er noch von der Erwartung aus, das bestehende Koalitionskabinett unter sozialdemokratischer Leitung fortzuführen. Die Anregung des Prinzen, alsbald eine Nationalversammlung einzuberu-

fen, um so die revolutionäre Bewegung aufzufangen, griff Ebert positiv auf, zumal er sich darüber im klaren war, daß ein Zusammentritt des 1912 gewählten Reichstages, wie ihn der Reichspräsident Konstantin Fehrenbach forderte, auf erbitterte Proteste in der öffentlichen Meinung stoßen würde. Ebert legte entschiedenen Wert darauf, daß die bürgerlichen Fachminister im Kabinett verblieben, schon um dessen Handlungsfähigkeit für den bevorstehenden Abschluß des Waffenstillstands zu gewährleisten. Es spricht vieles dafür, daß das von Ebert zum gleichen Zeitpunkt an die USPD gerichtete Koalitionsangebot in der Erwartung erfolgte, es werde von ihr zurückgewiesen. Das angestrebte Übergangskabinett hätte zur Aufgabe gehabt, die staatliche Autorität bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung zu sichern und ein Ausufern der revolutionären Vorgänge zu vermeiden.

Eberts Kalkül eines nahezu bruchlosen Übergangs der Regierungsgewalt scheiterte jedoch an der revolutionären Mobilisierung der Berliner Arbeiterschaft, die vom linken Flügel der USPD und den Revolutionären Obleuten energisch unterstützt wurde, während die Spartakus-Gruppe noch kaum eine Rolle spielte. Beide übten massiven Druck auf die USPD-Führung aus, ein Zusammengehen mit den »Ebert-Leuten« unter allen Umständen zu vermeiden, ohne daß sie eine Vorstellung davon hatten, wie ein gegen die Mehrheitssozialdemokraten gerichtetes revolutionäres Linkskabinett aussehen sollte. Am Abend des 9. November wies der Parteivorstand der MSPD die auf wiederholtes Drängen Scheidemanns zustande gekommenen, unter dem maßgeblichen Einfluß Liebknechts und der Revolutionären Obleute formulierten Bedingungen der USPD für eine Beteiligung an der Koalition zurück. Noch in der Nacht setzten die Revolutionären Obleute in einer Versammlung der Berliner Arbeiterräte den Beschluß durch, am Vormittag des 10. November in allen Fabriken und Truppenteilen Neuwahlen der Arbeiter- und Soldatenräte vorzunehmen; ihre Delegierten sollten bereits am Nachmittag zur Wahl einer provisorischen Regierung im Circus Busch zusammentreten.

Die MSPD-Führung reagierte auf die veränderte Situation, die ihre eben gewonnene Machtposition bedrohte, in zweifacher Weise. Einerseits setzte sie alles daran, durch eine Koalitionsvereinbarung mit der USPD die mutmaßlichen Beschlüsse der Versammlung im Circus Busch zu präjudizieren. Dies erklärt, warum sie die anderntags unter dem mäßigenden Einfluß des von Kiel zurückgekehrten Hugo Haase

niedergelegten Koalitionsbedingungen der USPD unverzüglich annahm, darunter auch die Festlegung, daß die politische Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten liegen und die Frage der konstituierenden Versammlung »erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse« erörtert werden sollte.⁹ Andererseits gelang es aufgrund des tatkräftigen Eingreifens von Otto Wels, das Netz der mehrheitssozialdemokratischen Vertrauensleute zu aktivieren und die Soldatenratswahlen im Sinne der MSPD zu beeinflussen; so stand schon am Morgen des 10. November fest, daß eine Regierung unter Ausschluß der MSPD, wie die Obleute sie propagierten, im Circus Busch keine Mehrheit finden würde. Diese »Episode« bewies, wie wichtig es war, gerade in einer revolutionären Situation über einen eingespielten Apparat zu verfügen. Sie beleuchtete den Willen der Arbeiterschaft, die Spaltung der beiden Arbeiterparteien zu überwinden.

Gestützt auf die Delegierten der Soldatenräte, gelang es den MSPD-Vertretern in der Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Circus Busch, der inzwischen gebildeten Regierung des Rates der Volksbeauftragten eine klare Mehrheit zu verschaffen und den sich anschließenden Versuch der Obleute zu vereiteln, die Volksbeauftragten durch die Wahl eines ausschließlich aus Repräsentanten der radikalen Linken bestehenden Vollzugausschusses ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Man hat diese Strategie Eberts und seiner Parteigänger eine taktische Leistung ersten Ranges genannt. In der Tat setzten sich Kaltblütigkeit und organisatorische Regie gegenüber der widersprüchlichen Politik der in sich uneinigen USPD durch, die als Juniorpartner in einem faktisch bereits konsolidierten Kabinett von vornherein in eine nachgeordnete Stellung gedrängt wurde.

Neben Friedrich Ebert, der von Anfang an die Rolle des Primus inter pares und tatsächlichen Regierungschefs einnahm, gehörten dem paritätisch zusammengesetzten Rat der Volksbeauftragten für die MSPD Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, für die USPD deren Führer Hugo Haase sowie Wilhelm Dittmann und Emil Barth an. Dittmann war an Stelle von Georg Ledebour, der eine Zusammenarbeit mit der MSPD rundweg ablehnte, nominiert worden; er verfügte über hohes Ansehen auch beim linken Flügel der USPD, verfolgte jedoch wie Haase eine eher ausgleichende Linie. Barth, Führer der Revolutionären Obleute seit dem Frühjahr 1918 und Mitglied des DMV, ersetzte Karl Liebknecht, der ursprünglich kandidiert hatte, seine Nomination aber